

Nontechnical summaries in German

Die Ruhe vor dem Sturm? Entwicklung der Insolvenzen während der COVID-19-Pandemie

Helmut Elsinger, Pirmin Fessler, Stefan Kerbl, Anita Schneider, Martin Schürz, Stefan Wiesinger

Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurden in Österreich umfangreiche staatliche Hilfsmaßnahmen ergriffen, um den realwirtschaftlichen Schock abzufedern. Darüber hinaus wurde der insolvenzrechtliche Rahmen zum Teil ausgesetzt. Aus diesen Gründen ist zu beobachten, dass die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2020 in Österreich im Vergleich zu 2019 um 31 % gesunken ist. Der dadurch entstandene Rückstau an nicht eingereichten Insolvenzen wirft unter anderem Fragen betreffend die Finanzmarktstabilität auf.

Wir verwenden Daten auf Firmenebene zu Insolvenzbeschlüssen aus der österreichischen Ediktsdatei, um die Entwicklung der Insolvenzen vor und während der COVID-19-Pandemie in Österreich (Jänner 2019 bis März 2021) zeitnah zu dokumentieren. Durch das Zusammenführen von mehreren Datenquellen auf Firmenebene erlangen wir erste Einsichten in das Insolvenzgeschehen und dessen Bedeutung für die Finanzmarktstabilität.

Wir zeigen, dass nur knapp 40 % der insolventen Unternehmen Kredite über 25.000 EUR bei österreichischen Banken hatten und dass 30 % der insolventen Unternehmen bereits zwölf Monate vor der Insolvenz im Risikomanagement der Banken als „ausgefallen“ eingestuft worden waren. Der Rückgang der Insolvenzen 2020 im Vergleich zu 2019 war in allen neun Bundesländern zu beobachten und besonders markant in den von der Krise stark betroffenen Branchen, denen auch die höchsten staatlichen Unterstützungen zugutekamen. Eine Verknüpfung von Insolvenz- und Bilanzdaten ergab ferner, dass die Mehrheit der in der Krise insolventen Unternehmen bereits lange vor der Krise negatives oder sehr niedriges Eigenkapital aufgewiesen hatte. In Kombination mit den Analysen der Ratings der Banken ist das ein Hinweis darauf, dass die staatlichen Hilfsmaßnahmen bis zu einem gewissen Grad eher Unternehmen mit höheren Eigenkapitalquoten vor der Insolvenz bewahrten als jene, die schon zuvor niedrige Eigenkapitalquoten und ein Rating, das mit hohem Risiko verbunden ist, aufgewiesen hatten.

Die vorliegende Studie bietet auch die statistische Grundlage für weiterführende Arbeiten. Eine Kombination mit Daten zu den staatlichen Hilfsprogrammen auf Firmenebene – die derzeit allerdings nicht zugänglich sind – würde es erlauben, eine Vielzahl an relevanten Fragestellungen im Zusammenhang mit der Wirkung der staatlichen Maßnahmen zur Abfederung der Krise zu analysieren.

Kreditmoratorien und staatliche Kreditgarantien im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie – Bestandsaufnahme und Ausblick

Stephan Fidesser, Andreas Greiner, Ines Ladurner, Zofia Mrazova, Christof Schweiger, Ralph Spitzer, Elisabeth Woschnagg

Angesichts der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie wurden in Österreich Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen und privaten Haushalten ergriffen. Dazu zählen Kredithilfen wie Moratorien, d. h. Stundungen von Kreditrückzahlungen, und staatliche Kreditgarantien. In der vorliegenden Studie beleuchten wir, wie österreichische Banken mit dem Risiko potenzieller Kreditausfälle umgehen und wie sich die Unterstützungsmaßnahmen auf die Qualität ihrer ausstehenden Forderungen auswirken. Zu diesem Zweck untersuchen wir auf Basis von Daten, die von den Banken an die Oesterreichische Nationalbank gemeldet werden, wie sich die Inanspruchnahme der Moratorien und Garantien im zeitlichen Verlauf entwickelt hat, und zwar vom zweiten Quartal bis zum Jahresende 2020. Eine Erkenntnis ist, dass Moratorien zu einem weit größeren Ausmaß genutzt wurden als Garantien, wobei für die meisten 2020 vereinbarten Moratorien eine Laufzeit bis Ende März 2021 galt. Ende 2020 war zwar erst ein geringfügiger Anstieg bei den notleidenden Unternehmenskrediten erkennbar, die Banken haben aber dennoch frühzeitig bilanzielle Vorsorgen für Kreditausfälle gebildet. Kredite werden als notleidend eingestuft, wenn ihre Rückzahlung unwahrscheinlich ist

bzw. wenn der Schuldner mindestens 90 Tage mit der Rückzahlung im Verzug ist. Dank der bereits 2020 gebildeten Risikovorsorgen haben sich die Banken für eine mögliche Verschlechterung der Qualität ihres Kreditbestands im Lauf des Jahres 2021 gewappnet. Die österreichischen Banken sind nicht zuletzt auch aufgrund der Lehren aus der Krise 2007/08 gut auf mögliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Kreditportfolios vorbereitet. Dies wird auch durch unsere Analyse eines hypothetischen Negativszenarios untermauert: es zeigt sich, dass die Banken selbst relativ hohe Kreditausfälle dank ihrer aufgebauten Kapitalpuffer und Risikovorsorgen bewältigen könnten. Dennoch ist es für die Banken essenziell, sich in vorausschauender Weise auf mögliche verzögerte Effekte nach dem Auslaufen der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen vorzubereiten.